

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druck- und Verlagsanstalt  
Auer-Verlag  
Auer-Verlag  
Auer-Verlag

Verlagsanstalt für das Erzgebirge  
Auer-Verlag  
Auer-Verlag  
Auer-Verlag

Telegraphische Anzeigen: Auer-Verlag. Inhalt: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr. 1010

Nr. 100

Dienstag, den 29. April 1924

19. Jahrgang

### Wahlpflicht.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Ein Berliner Blatt hat vor kurzem ein Vorkaufsrecht über die Frage erlassen, welche Zusammenfassung wohl der neue Reichstag haben werde. Zweifellos werden Tausende von Antipoden darauf eingehen. Man kann aber schon heute sagen, daß die Vorkäufer nicht etwa auf Grund noch so genauer Berechnungen und Kalkulationen zu richtigen Ergebnissen gelangen werden, sondern höchstens mit Hilfe eines glücklichen Zufalls. Denn noch nie war die vermutliche Stärke der Fraktionen schwerer vorauszusagen als diesmal. Einmal, weil dieser Wahlkampf nicht weniger als 28 Parteien und Parteien in Front sieht — ein geradezu klassisches Bild der schicksalhaften deutschen Uneinigkeit! — zum anderen weil eben deshalb und aus noch manch anderen Gründen viele Wahlberechtigte so verdrößlich und mißvergnügt sind, daß sie lieber garnicht wählen. Selber ist zu befürchten, daß auch diesmal wieder die Partei der Nichtwähler die stärkste sein wird.

Und doch gibt es keine schwerere Verurteilung am vaterländischen Gedanken, als sich der Wahl zu enthalten. Die Weimarer Verfassung hat allen Männern und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Wahlrecht gegeben. Es gibt aber kein irgendwie artetres Recht, das als Befreiung nicht auch eine Pflicht enthält. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Mit anderen Worten: wer das Recht hat, über die Geschicke des Vaterlandes mit zu entscheiden, der hat auch die Pflicht, es zu tun. Niemand darf in diesen Tagen schwerer Entscheidungen tatenlos beiseite stehen, gleichviel aus welchem Grunde immer, ohne sich an seinem Volke, an sich selbst und seinen Kindern zu verurteilen. Gleichgültigkeit dem Vaterlande gegenüber in einer Zeit wie der unsrigen ist ein moralisches Verbrechen. Wer bei allem, was da geschieht und unterlebt, in einem andern der Prägeln sucht, statt selbst am Aufbau mitzuwirken, wer immer nur kritisiert und rätsoniert, was nicht erheblich leichter ist, der hat zu schweigen, wenn selbst am Tage, da es gilt, seine Stimme nicht in die Waagschale geworfen hat zugunsten derer, von denen er Besserung erwarten zu dürfen glaubt. Gewiß — keine Partei ist von Adel frei und schließlich ist an jeder etwas auszufehen. Aber nicht Bestimmungen und Verfügungen dürfen jetzt den Ausschlag geben, sondern der einzige Gedanke muß alle und alles beherrschen, daß jeder an seinem Teile dazu beizutragen hat, und aus dem Elend wieder hoch zu reifen, in das uns der verlorene Krieg geschleudert hat. Seht Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können! Zweifelst Ihr Kleinmütigen, daß es besser noch möglich ist? Zweifelst Ihr, weil es nach dem Verlust dieses furchtbaren Krieges, nach Jahren der Entbehrungen, Leiden, Demütigungen noch keine Beweise dafür abgelegt hat, daß ihm die alte Kraft noch etwan ist? Warum bestet Ihr ihm dann nicht in seiner schweren Zeit? Warum steht Ihr gleichgültig und ungerührt zur Seite und helfst nicht Euren mit den Schicksalsschlägen ringenden Volksgenossen? Warum eifert Ihr nicht, selbst mitzubauen an dem großen deutschen Hause, daß es wieder wohnlich und bezugsfähig werde? Keinem Menschen würde es einfallen wenn er für sich selbst oder die Seinen eine wichtige Entscheidung zu treffen hat, die Hände in den Schoß zu legen und andere diese Entscheidung für sich treffen zu lassen. Der Gedanke, daß andere über sein Wohl und Wehe entscheiden sollen, wäre für ihn einfach unsagbar. Ist aber das deutsche Volk etwas anderes als eine einzige große Familie? Und stellen gerade diese Reichstagswahlen etwas anderes dar, als die schwerste Schicksalsentscheidung über Leben und Freiheit dieses Volkes? Und doch gibt es Menschen, die da glauben, sie dürften gleichgültig daneben stehen und brauchen selbst keinen Finger zu rühren? Wählen heißt bekennen! Bekennen daß man die heilige Pflicht in sich fühlt, deutsch zu fühlen und zu handeln und also am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Die achte deutsche Art aber ist heute verdrängt unter dem Geräusch gegenseitiger Verbitterung und Selbstgerechtigkeit.

Die Entscheidung, vor die die Wähler diesmal gestellt sind, ist klarer wie je. Diesmal lautet die Frage einfach: willst Du Ruhe und Frieden im Innern, Wiederherstellen der Wirtschaft, sichere Währung und Arbeit, oder willst Du Bürgerkrieg und Bürgerkrieg? Bei dieser Fragestellung vergiß ja nicht, daß die Entscheidung in Deine Hand gelegt ist, denn es ist nicht mehr wie früher, wo die einzelne Stimme kaum ins Gewicht fiel, da die Regierung ja doch vom Kaiser nach seinem Gutdünken ernannt wurde. Die Weimarer Verfassung hat den Wählern und Wählerinnen die Entscheidung über ihr Schicksal in die eigene Hand gelegt: heute wählt Ihr nicht nur die Volkswahlmänner, sondern auch gleichzeitig die neue Regierung. Denn eben aus den von Euch ge-

wählten Vertretern wird sie sich ja zusammensetzen. Wer also nicht wählt und wenn künftig die Taten oder Unterlassungen der kommenden Regierung nicht gefallen, der muß sich an seine eigene Brust klopfen, denn seine Schuld ist es mit. Am 4. Mai aber kann nur eine Partei in Frage kommen, der Ihr eure Stimme gebt. Das ist die Partei, die bisher schon durch die Tat bewiesen hat, daß sie realpolitisch denkt und das Mögliche zu erreichen sucht. Die Partei, an deren Weg Arbeit und Taten fürs Vaterland stehen, die Deutsche Demokratische Partei.

### Die Belgier bei Poincaré.

Belgisch-französische Verständigung.

Die Unterhaltungen Poincarés mit den belgischen Ministern am gestrigen Montag war kurz vor 12 1/2 Uhr zu Ende. Sie dauerte also etwa 2 1/2 Stunden. An den Besprechungen hat auch der belgische Botschafter in Paris, Gaffier d'Eschtré, teilgenommen. Die Minister blieben mit den Vertretern Belgiens im Hotel Victoria, zum Frühstück bei dem Ministerpräsidenten. Es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, ob die Besprechungen fortgesetzt werden oder nicht: auch ein Communiqué ist noch nicht veröffentlicht worden.

Während die offiziellen Blätter sich zu der Aussprache zwischen Poincaré, Theunis und Dymans aller Kommentare enthalten und nur berichten, wie die belgischen Minister ihre Zeit in Paris verbracht haben, bräuen die nationalen Blätter in ihren Beiträgen von neuem die Berstimmung aus, die zwischen der französischen und belgischen Auffassung besteht.

„Echo de Paris“ läßt, wenn auch unverbindlich, ein gewisses Nachgeben der französischen Regierung voraussehen, wenn es behauptet, daß es nach den Unterhaltungen, die bereits im Hotel Victoria stattgefunden hätten, wahrscheinlich sei, daß die Entscheidung, welche die Reparationskommission in ihrer Sitzung treffen werde, sofortige unmittelbare Unterhaltungen zwischen den Kabinetten von London, Rom und Brüssel nicht verhindern werde. Das Blatt berichtet, daß Poincaré, obwohl er an seinem Standpunkt festhalte und auch weiter keine bestimmten Verpflichtungen eingehen wolle, bevor er über die von der Reparationskommission durchgeführten Arbeiten vollkommen im Klaren sei, doch einem amtlichen Meinungsaustausch nicht entgegen sei, den er Ende der Woche beginnen würde. Das Blatt hält es für nötig, einer bisher in der Presse noch nicht aufgetauchten Nachricht zu widersprechen, nach der MacDonald beabsichtigt, zu dem in Chequers für das Wochenende stattfindenden Unterhaltungen einen amtlichen oder halbamtlichen Vertreter der französischen Regierung einzuladen.

### Morgan an Frankreichs Adresse.

Zu den Besprechungen Pierpont Morgans in Paris schreibt der „New York Herald“: Wir sind in der Lage festzustellen, daß keine Einzelheiten der geplanten internationalen Anleihe auch nur zur Sprache gekommen sind, da diese von anderen internationalen Faktoren, insbesondere davon abhängig, daß in ganz Europa ein allgemeiner guter Wille herrsche. Morgan soll erklärt haben, daß mit der Uebernahme eines sehr erheblichen Teiles der ersten Anleihe von 800 Millionen Goldmark durch Amerika gerechnet werden könne, wenn man in den Vereinigten Staaten die Ueberzeugung habe, daß die Alliierten und Deutschland in einem neuen Schritte freundschaftlichen Zusammenwirkens sich auf den gemeinsamen Plan geeinigt hätten. In dem hängt viel davon ab, in welcher Form diese Einigung zustande kommt und inwieweit die Reparationen die Gewähr bilden, in Zukunft Frieden zu halten. Morgan ist wie die englischen und französischen Bankiers der Ansicht, daß aber den Zeitpunkt der Auslegung irgendwelcher Anleihe für Deutschland nicht sofort eine Entscheidung getroffen werden kann, da dies von einer Sondergesetzgebung abhängig ist, die die Zustimmung Deutschlands haben muß.

Es verläutet, daß der amerikanische Finanzmann auch keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er seinen vor zwei Jahren als Vorsitzender des Bankierkomitees in Paris eingenommenen Standpunkt nicht geändert hat. Als Voraussetzung für die Unterbringung von Reparationsobligationen auf dem internationalen Markt verlannte er damals eine allgemeine Regelung sämtlicher interalliierten Unstimmigkeiten einschließlich der Frage der interalliierten Schulden. — Die „Chicago Tribune“ hebt hervor, daß Morgan die restlose sofortige Durchsicht der Dawidson'schen Vorschläge ohne politische Klendungen und Erklärungen verlangt habe.

### Ausbehnung des amerikanischen Kredits?

Nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ aus New York verläutet in Finanzkreisen, daß der geplante

amerikanische Kredit für Deutschland von 5 Millionen auf 50 Millionen Dollar ausbehnung werden sollte um bis zur Inkrassierung des Sachverständigenplanes die deutsche Währung zu stabilisieren.

### General de Meig fordert Freilassung eines Hochverräters.

Wie aus Mannheim gemeldet wird, hat General de Meig an die preussische Kreisregierung in Eberbach eine Note gerichtet, in der die Freilassung des wegen Hochverrats verhafteten Sohnes des separatistischen Bürgermeisters Hesserich — der nebenbei bemerkt in seinem verwandtschaftlichen Verhältnis zu dem verstorbenen Staatsmann Dr. Hesserich steht — gefordert wird. Alle Bollzüge, und Gerichtsbehörden werden aufgefordert, sofort die erforderlichen Schritte zur Freilassung von Hesserich jun. zu tun, andernfalls wird mit Sanktionen gedroht. Außerdem wird die Freilassung eines separatistischen Helfers gefordert und die Rückkehr der Ausgewiesenen davon abhängig gemacht.

### Massenausweisungen aus Ruhrort.

Die in Ruhrort veranstalteten Wahlversammlungen sind auch von Kriegsteilnehmern besucht worden. Diese Kriegsteilnehmer wurden darauf in der Nacht um 1/2 Uhr aus den Betten geholt und ihnen nur eine Viertelstunde Zeit gelassen, um dann sofort mit ihren Familien ausgewiesen zu werden. Es handelt sich um 48 Familien und 36 oder 39 Belgier, die auf dem Postamt präsidentium von Berlin eintrafen, das sie nach anderen Teilen Deutschlands, sowie auch nach Augsburg brachte.

### Französische Geldräuberei.

Nachdem vor einiger Zeit bei der Reichsbankstelle Mainz durch eine Abordnung der französischen Behörde in Ausübung eines Beschlusses der interalliierten Rheinlandkommission ein Betrag von 40 800 Goldmark, angeblich für drei während des passiven Widerstandes vorgekommene Eisenbahnsabotageakte, „requisiert“ wurde, ist jetzt bei der Reichsbankstelle Mainz ein erneuter Einriff erfolgt, und zwar hat eine militärische Kommission in Begleitung des Polizeichefs bei der Reichsbankstelle in Mainz einen Betrag von insgesamt 1870 Goldmark „entnommen“. Die „Beschlagnahme“ erfolgte in Ausführung einer Entscheidung der interalliierten Kommission als Ersatz für einen Schaden, den angeblich ein Mann namens Herzog in Mainz erlitten haben soll. Nähere Aufklärung über den Fall konnte die Militärkommission nicht geben.

### Verprügelte französische Minister.

Der französische Wahlkampf nimmt einen bewegten Verlauf, namentlich in dem Debarquement Seine et Oise. Prägeln zwischen den Kandidaten der einander feindlich gegenüberstehenden Parteien sind an der Tagesordnung. Besonders tun sich dabei die Kommunisten hervor. Nachdem vor einigen Tagen der frühere Minister Reibel von ihnen belästigt wurde, ist Samstagabend Andreé Lardieu, der frühere Minister und Hauptstürmer des Verailler Distrikt, von den Kommunisten in Sartrouville, als er sein Programm für die kommenden Wahlen darlegte, überfallen und mißhandelt worden. Lardieu wurde von dem bekannten Kommunisten und früheren Dedoffizier Marty von der Tribüne heruntergerissen. Als Lardieu dann seinen Platz wieder einnahm und seine Rede fortsetzen wollte, stürzten die Gefährten Marty's erneut auf ihn los, zerrten und rissen an ihm, bis sein Rockärmel entzwei ging. Es verletzten ihm Schläge über den Rücken und ins Gesicht.

### Kommunisten = Zeme.

Mordplan gegen Seede.

Von der kommunistischen Tscheka war schon die Rede. Man hat bekanntlich in Stuttgart wichtiges Material gefunden. Wie sich diese schamlose Überorganisation betätigt, das zeigt der Attentatsplan gegen Seede, der ermorde werden sollte, weil er als der gefährlichste Feind der Kommunisten galt.

Anfang Dezember 1923 wurden zwei Mitglieder der Tscheka damit beauftragt, die Eingänge zum Reichswehrministerium in Berlin zu beobachten, um festzustellen, wann General v. Seede ein- und ausging, von wem er jeweils begleitet wurde, welche Straßen er regelmäßig beging und insbesondere, wann und wohin er ausritt. Nachdem bekannt war, daß General v. Seede, wenn er ausritt, jeweils gegen 8 Uhr vormittags in Begleitung seines Adjutanten zu Fuß vom Reichswehrministerium nach dem Tiergarten ging, wo die Pferde bereitstanden, wurde der Entschluß gefaßt, ihn im Tiergarten während des Spazierrittes vom Pferd zu schlagen. Die Ausführung wurde folgendermaßen vorbereitet, daß Mitglieder der Tscheka über den ganzen Weg verteilt wurden, die das Zeichen vom Kommando des Ge-